A8NEU Campusgrüne Grundwerte

Gremium:	Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.11.2019
Tagesordnungspunkt:	10.3. Inhaltliche Anträge

Antragstext

EINLEITUNG

Die Präambel legt fest: "Campusgrün (…) setzt sich für die Verwirklichung einer Gesellschaft ein, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, die Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand diskriminiert wird und in der ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur besteht. [Campusgrün] sieht sich ferner den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, des Feminismus und der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet." In den vergangenen 20 Jahren ist Campusgrün diesen Grundsätzen treu geblieben und als Campusgrüne wollen wir uns auch in den kommenden Jahren für diese Werte einsetzen. Doch nach dieser Zeit ist es sinnvoll, sich zu versichern, für welche Ideale wir uns einsetzen, erneut darüber auszutauschen, was unsere Grundwerte für uns bedeuten sowie diese zu schärfen und zu präzisieren. Im Folgenden sind die Campusgrün Grundsätze neu aufgelistet und beschrieben. Die Bestimmungen der Satzung werden dadurch nicht berührt.

BASISDEMOKRATISCH

Alles ist politisch! Und betrifft uns daher alle.

Alle Beteiligten müssen sich für Partizipationsmöglichkeiten aller einsetzen und mit Respekt auf Augenhöhe begegnen. Sobald Menschen von Mitsprache direkt oder indirekt ausgeschlossen werden, wird ihnen die Möglichkeit genommen, ihre Ideen zu teilen und Lösungsvorschläge zu diskutieren. Wer also versucht, andere vom Diskurs auszuschließen verletzt damit das Recht auf Teilhabe und den demokratischen Prozess als Ganzes. Kein Mensch sollte dabei über einem anderen stehen: Demokratische Entscheidungsprozesse schließen autoritäre Strukturen aus!

Es ist das Ziel von Campusgrün, an einer Gesellschaft mitzuwirken, in der alle Menschen am politischen, sozialen und kulturellen Leben vollständig frei und ohne Hindernis teilhaben können und in der alle Gesellschaftsbereiche demokratisch und partizipativ gestaltbar sind. Deshalb ist Basisdemokratie unser politisches Ideal und Leitmotiv, vom Aufbau unserer Mitgliedsgruppen, über die Entscheidungsprozesse in unserem Verband bis zu unserem Einsatz in den Hochschulen und der weiteren Politik. Unser Ziel soll stets sein, Partizipationsmöglichkeiten zu stärken und auszuweiten sowie Menschen eine politische Stimme zu geben. Autoritäre Strukturen lehnen wir daher ab und wollen ihnen entschieden entgegenwirken. Aus denselben Gründen wenden wir uns auch gegen jede Form der Benachteiligung und Diskriminierung: Teilhabe darf nicht von zugeschriebenen Eigenschaften oder materieller Verfügung abhängen und muss allen gleichermaßen offen stehen.

Wir entwickeln kreative und progressive Ansätze, die Demokratie überall in der Gesellschaft zu stärken und sind stets offen für neue Ideen anderer Akteur*innen - solange sie keine rassistischen oder sexistischen Ansätze vertreten. Benachteiligungen und Barrieren wollen wir überall abbauen und richten diesen

Anspruch an alle gesellschaftlichen Akteur*innen und selbstverständlich an uns selbst. Deswegen arbeiten wir stets an den eigenen Prozessen und der gruppen- wie verbandsinternen Debattenkultur. Individuen, die in Politik und der breiteren Gesellschaft unterrepräsentiert sind oder denen auf andere Weise die Beteiligung erschwert wird, lassen wir besondere Unterstützung zukommen, z.B. in Form zusätzlicher Partizipationsmöglichkeiten. Ganz besonders engagiert wollen wir gegen Abwertung, Exklusion und jede Form der Entmenschlichung kämpfen, denn das hat in Demokratien keinen Platz: Toleranz gilt gegenüber allen, außer den Intoleranten! Deshalb haben wir eine Unvereinbarkeit mit autoritären, reaktionären, elitären oder anders menschenfeindlichen Gruppierungen in unserer Satzung festgeschrieben, sowie unseren Einsatz für Vielfalt, Gerechtigkeit und die tatsächliche Umsetzung der Menschenrechte.

ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT

Aufbruch aus den rostigen Ruinen kapitalistischer Verwertungslogik – hinein in den nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Hochschulraum

Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut die ökologische Gerechtigkeit darauf auf, dass das metabolische Austauschverhältnis zwischen dem Menschen als Bestandteil der Natur grundlegend ökologisch gerechter und im Einklang mit den Tieren und Pflanzen zu gestalten ist. Nur so kann die Natur langfristig als Lebensgrundlage des Menschen und um ihrer selbst willen geschützt werden. Ökologischen Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer gesunden, gefahrenlosen Mitwelt und für die dessen Gestaltung unter Teilhabe aller Bürger*innen nach ökologisch-ästhetischen Werten.*

Campusgrün als Zusammenschluss vielzähliger grün-alternativer Listen im evidenzbasierten Wissenschaftskosmos erkennt die Veränderungsnotwendigkeiten in der Dringlichkeit an und sieht sich als einen Bestandteil von vielen Akteur*innen der Nachhaltigkeits-, Biodiversitäts- und Klimagerechtigkeitsbewegungen. Dabei wollen wir insbesondere die Hochschulen, sowie Studierenden- und Studentenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns der Verantwortung die Lebensgrundlagen zu erhalten. Die radikal-ökologischen Maßgaben in den Studierendenschaften sollen dabei über die bestehenden Satzungs- und Ordnungsvorschriften hinaus standardisiert werden. Außerdem kämpfen wir für eine gesellschaftlich breit getragene, ökologische und sozial gerechte Ökonomie in einer ökosozialistischen Gemeinschaft.

Der Aufbruch aus dem kurzsichtig Gewinn orientierten, Ungleichheit schaffenden und Ressourcen verbrennenden Kapitalozän muss in den Arbeitsstrukturen, den landes-, wie bundespolitischen Programmatiken der Studierendenschaften, sowie in den Vorlesungssälen, der Forschung und den Verwaltungen der Hochschullandschaft stattfinden. Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig und ökologisch ausfinanzierte Hochschulen sowie Studierendenwerke. Diese müssen in der Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und Forschungsinstrumentenpark und in dem Ernährungsangebot regional, sozial gerecht produziert sowie betrieben und klimaneutral aufgestellt sein. Parallel zu der bis 2030 abgeschlossenen Infrastrukturwende, deren Prozess partizipativ und transparent dokumentiert für alle Statusgruppen aufzuschlüsseln ist, wird die bis dato anhaltende „Problembewusstsein-Verhaltens“-Lücke durch die Förderung

pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier Forschung und Alternativen aufzeigender interdisziplinärer Lehre in allen Studiengängen forciert.

Zu unserer Vision gehört die offene Bildung von nachhaltiger Entwicklung. Die Vermittlung wird von unten organisiert durch Studierende und Universitätsangestellten. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt durch einen flächendeckenden kostenfreien ÖPNV und Radwege.

* (Anm.: Definition entspricht jener von Öko. Gerechtigkeit nach http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-nachhaltigkeit?p=3).

SOZIALES

Inklusiv, sozial & antikapitalistisch:

Der zerstörerischen Arbeitsmarktorientierung in der Hochschulbildung ein soziales, inklusives Ende setzen!

Die Teilhabe am politischen und sozialen Leben benötigt in allen Lebensbereichen die Grundlage eines guten Miteinanders ohne Ausgrenzung. Sie setzt eine gleichwertige Verteilung von Kapital- und Bildungsressourcen, unabhängig von Diskriminierungen gegenüber im klassistisch-patriarchalen System marginalisierten Gruppen voraus. Im aktuellen Status quo konstatieren wir fehlende Akzeptanz für diverse Lebensentwürfe unterschiedlicher Herkunft und eine daraus resultierende Spaltung der Gesellschaft, welche sich beispielsweise im gestiegenen psychischen Leidensdruck äußert. Die Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit, die paternalistische Quantifizierung des ehemals Privaten abseits der geregelten Arbeitszeiten bis hin zur Entkopplung von der unberührten Natur. Dem entgegen streben wir das gute Leben im langfristigen Einklang miteinander und dem Ökosystem an.

Campusgrün lehnt sich gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von Studierenden im bestehenden Abhängigkeitsverhältnis zu den akademischen Strukturen auf. Wir widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen, der in Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems, soziale und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt. Gute Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen Herrschaftshierarchien, den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation strukturell unterstützen und seine Gesundheit* stärken - auch für das Leben nach dem Studium.

Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär Privilegierte sein und muss allen barrierefrei zugänglich sein. Für ein inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen Bedingungen gesichert sein. Deshalb fordern wir:

- Der Hochschulraum muss Austeritätsüberlegungen widersprechend ausfinanziert sein, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und über die Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den individuellen Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen Kooperation untereinander im Weg steht.

- Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab, die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepasstes,

dynamisch und ausreichend finanziertes BAföG und nach nicht-prekären Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den Hochschulen ab. Für Studierende bedeutet das vor allem ein mindestens tariflich abgesicherter Lohn, der eine alternative Studienfinanzierung zum BAföG darstellen sollte. Auch internationale Studierende sollten in Deutschland ebenfalls während des Studiums selbstständig beschäftigt tätig sein dürfen.

*(Anm.: nach WHO Definition)

ANTIFASCHISTISCH

Klimakämpfe müssen antifaschistische Kämpfe sein!

Durch antisemitisch und rassistisch motivierte Anschläge zeigt sich, wie nötig es noch immer ist, dass wir uns immer und überall gegen Rassismus und Antisemitismus organisieren. Antifaschistische Theorie und Praxis sind gerade dann nötig, wenn die selbsternannte "Mitte" der Gesellschaft angesichts progressiver Bewegungen reaktionär mit der extremen Rechten kollaboriert. Hochschule und Wissenschaft müssen analysieren, was rechte Positionen hegemonial werden lässt - und Alternativen entwickeln, wie man sie verhindern und ihnen etwas entgegensetzen kann.Dafür muss der Grundsatz gelten, dass Wissenschaft immer politisch ist: Wahrnehmung und ihre Vermittlung können kein Abbild einer bewusstseinsunabhängigen Realität, eines objektiven Ursprunges, abliefern. Stattdessen wird das objektive „Normale“ durch historische Sozialisation und Materialität konstruiert und definiert.

In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organisierung, und der gesamten Gesellschaft ist kein Platz für Faschist*innen und Rassist*innen - stattdessen gehen wir dem Grundsatz der Gleichheit nach. Wir stellen uns aktiv gegen Machtinteressen, die jegliche Art diskriminierender Ideologien fördern, insbesondere die, welche schädliches Konkurrenzverhalten hervorbringen.. Auch die stillschweigende Tolerierung von Ungleichheit bedeutet aus unserer Sicht, deren Fortbestehen zu gewährleisten. Wir boykottieren jede Art von Menschenfeindlichkeit - auch über Hochschulen hinaus. Damit rechte Kräfte in Deutschland nicht weiter als bisher bereits erstarken braucht es entsprechende strukturelle Bedingungen (BAföG, Wohngeld, egalitäre Lehre, etc.), die eine solidarische Organisierung für alle gegen Rechts ermöglichen. Indem wir uns gemeinsam (als Campusgrüne, aber auch zusammen mit weiteren hochschul- und stadtweiten sowie internationalen Akteur*innen) für egalitäre Verhältnisse einsetzen, können sich erst allgemeine Werte wie Respekt entwickeln und manifestieren. Wir müssen uns für eine Lehre organisieren, die die Beschäftigung mit Diskriminierung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (wie z.B. Rassismus, Sexismus und Antisemitismus etc.) behandelt und Demokratiebildung beinhaltet. Auch müssen wir uns mit öffentlichen Veranstaltungen, Demos und direkten Aktionen gegen rechte Kräfte stellen.

Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass Aufgabe von antifaschistischer Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen verfasst sein müssen, um ein Widererstarken des Faschismus zu verhindern"* Wir setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte gesellschaftlicher (studentischer) Bewegung in umfassender Form gefördert wird, aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können.

*(Christ/Suderland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

ÖKOFEMINISTISCH/QUEER-ECOLOGIES

Feministische Kämpfe und die Überwindung der ökologischen Krise müssen zusammen gedacht werden. Kapitalistische Gesellschaften sind patriarchale Gesellschaften: Sowohl die Natur als auch Frauen* werden in ihnen systematisch als nur für den Arbeitsmarkt verwertbare 'Ressourcen' gehandelt. Es wird davon ausgegangen, dass sich Care-Arbeiten sowie natürliche Organismen immer wieder regenerieren werden - sie also endlos der Warenproduktion dienen können. Dementsprechend besteht ein Zusammenhang zwischen verschiedenen Herrschaftsverhältnissen, welche die internationale Ausbeutung der Natur legitimiert. Damit einhergehend werden Ungleichheiten zwischen arbeitenden Menschen (insbesondere Personen, denen eine weibliche Geschlechterrolle zugewiesen wird) aus dem "Globalen Norden" und "Globalen Süden" erhöht. Diese Herrschaftsverhältnisse des Kapitals sind dieselben, die auch über den Normalzustand der Heteronormativität bestimmen und ihn hegemonial machen.

Mit diesem Verständnis stellt der Ansatz der Queer Ecologies die vermeintliche Verbundenheit von "Frau" und "Natur" in Frage: Wir gehen davon aus, dass Geschlechtszugehörigkeit/ gesellschaftlich konstruiert ist – und nicht etwa natürlich-biologischen Paradigmen folgt. Dementsprechend ist es ein Trugschluss, die Gebärfähigkeit eines Menschen mit der Verantwortung zur gesellschaftlichen Reproduktion gleichzusetzen. Eine biologisch bedingte "weibliche Praxis" (unbezahlte Hausarbeit, Pflege, Kindererziehung), ist damit widerlegt.

Schlussendlich ist die Trennung zwischen "Natur" und "Kultur" demnach machtpolitisch hergestellt. Dagegen wollen wir Campusgrüne den Raum dafür schaffen, ein alternatives Verständnis von Produktivität diskutieren sowie die künstliche Trennung zwischen Natur und Kultur neu verhandeln: Es sollte keine Hierarchisierung zwischen beiden Modellen stattfinden; der menschliche, historisch geprägte Blickwinkel ist nicht der einzige, der im internationalen Gefüge zählt. Wir können und wollen nicht über jeden Organismus verfügen, ihn beherrschen; sondern gehen von einer produktiven, gegenseitigen Unterstützung aller aus.

INTERNATIONALISTISCH

Wir alle leben auf einem Planeten und dabei macht es keinen Unterschied auf welchen Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler Kooperationen und Konflikten, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen Öffentlichkeit müssen wir die engen Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter uns lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mag, eine Rückkehr zur Isolation lenkt lediglich von den Problemen ab und lässt diese nur noch größer werden. Vielmehr sollten wir die Vielfalt und Vernetzung einer globalen Menschheit als Chance sehen, alte Konflikte beizulegen und eine faire, freie und fortschrittliche Weltgesellschaft zu fördern.

Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches

Studium müssen dazu beitragen Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und sich mit Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigt werden. Die Antwort auf Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist globale Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit: Mit Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Dabei ist uns nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten darf, ein europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt auszuweiten, sondern allen Menschen die Mitgestaltung dieser Gesellschaft zu ermöglichen. Das heißt, Menschen des globalen Südens, marginalisierten Gruppen und die ökonomisch Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. International heißt immer solidarisch zu sein!

Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und daraus resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort versuchen wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren Perspektiven und Ideen gemeinsam (egal, welcher Herkunft wir sind) und versuchen Räume zu schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und treten ausschließenden Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit, der (Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

GEWALTFREI

Gewalt verhindert einen freien und gleichen Diskurs und ist deshalb niemals legitimes Mittel grüner Politik.

Sobald einem Lebewesen Gewalt angetan wird, entstehen Schmerzen, entstehen Angst und Wut und langfristig entsteht weitere Gewalt. Ob diese berechtigte Gegenwehr ist oder eine weitere Eskalation, zu einer gemeinsamen und gerechten Lösung führt es in keinem Fall. Stattdessen entstehen neues Leid und mehr Gewalt. Jede Gesellschaft muss daher Wege finden Konflikte ohne Gewalt zu lösen, doch wir sehen in der Welt, dass dies ein selten erreichtes Ideal ist. Gewalt ist nicht nur körperlich, sondern kann auch seelisch sein oder versteckt ausgeübt werden. Manchmal ist Gewalt den Beteiligten, weder Opfer noch Täter*innen völlig bewusst, aber sie geschieht trotzdem. Es ist daher unser aller Aufgabe Gewalt aufzudecken und Wege zu finden sie zu verhindern, nicht durch Vergeltung, sondern Aufklärung. Das gilt für einen Streit unter Freund*innen bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Frieden muss in allem Handeln oberstes Ziel sein, durch das Ansprechen der Gewalt, das Aussprechen zwischen den Konfliktparteien und das Auflösen der Konfliktsituation.

Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt, aber mit Worten und gewaltfreier Aktion. Wir glauben, dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht steht Wege friedlicher Konfliktlösung und gewaltfreien Zusammenlebens aufzuzeigen. Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder kriegerische Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für alle staatlichen Hochschulen. Stattdessen ist die Arbeit der Friedensforschung und Konfliktprävention stärker zu fördern. Hochschulen sollen auch jenseits

ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein, Übergriffe jeglicher Art müssen restlos aufgeklärt und geahndet werden und das gesellschaftliche Klima sollte so gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten sicher und wohl fühlen können.

ZUR GESELLSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG VON WISSENSCHAFT

Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und Wohlstand sorgen, kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft stehen.

Sie kann nur für gesellschaftliche Emanzipation, Innovation und Wohlstand sorgen und gleichzeitig kritisch und unbequem sein, wenn sie frei ist, d.h. frei von politischen oder ökonomischen Einschränkungen. Außerdem kann Wissenschaft und Forschung nur funktionieren, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert und wertgeschätzt werden. Wissenschaft sollte durch demokratische Prozesse aber auch so gesteuert werden können, dass sie sich mit Herausforderungen wie der Klimakrise und der Digitalisierung auseinandersetzt. Dabei ist es entscheidend, dass sie sich den Normen einer pluralen und demokratischen Gesellschaft verpflichtet fühlt, die gleichzeitig die Grundlage für ihre freie Entfaltung sind.

Wissenschaftliche Auseinandersetzung ist dabei immer zugleich Produkt und Produzent gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe, Themen aus dem öffentlichen Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre und umgekehrt. Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das Streiten in der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden. Gegen die Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die Wissenschaft danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher Herausforderungen kommt, in welcher Breite sie Fuß fassen und was wir gegen sie tun können. Dabei definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig die Grenzen der wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein – aber in Hinblick auf eine solidarische Gesellschaft gar keinen Fall legitim!

Für uns ist die Garantie von Wissenschaftsfreiheit daher essenziell. Campusgrün kämpft dafür, dass die Wissenschaft in allen Fachbereichen optimale gesellschaftliche und finanzielle Bedingungen vorfindet. Sie muss rechtsstaatlich so abgesichert sein, dass sie frei ist von politischem Druck, d.h. der gesamte Forschungsprozess muss politisch und auch gesellschaftlich nicht erwünscht sein. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-prekäre und familienfreundliche Beschäftigungsverhältnisse. Wettbewerb um die Vergabe von Geldern darf eine ausreichende Grundfinanzierung nicht ersetzen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Wissenschaft und Gesellschaft in einem ständigen Dialog miteinander stehen. Es müssen gesellschaftliche Diskussionen über die Folgen von Technologien und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen Konsequenzen stattfinden. Wissenschaftler*innen stehen aber auch in der Pflicht, ihre Arbeit transparent zu kommunizieren. Ihre Rolle als Akteur*in z.B. in der Politikberatung muss offen kommuniziert und diskutiert werden. Transparenz von wissenschaftlichem Nutzen, aber auch eigenen Interessen, Regeln und Funktionsweisen, auch von

Fehlern und Skandalen ist entscheidend, um langfristig das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen und zu erhalten.

Gesellschaft und Politik haben die Aufgabe die Voraussetzungen für freie Wissenschaft und Forschung zu schaffen und Wissenschaftler*innen müssen sich den demokratischen Normen und stückweise den gesellschaftlichen Forderungen an ihre Arbeit anpassen und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein.